

Editorial 11:

Menschenrechtsverletzungen: was ist nötig, um die Untersuchungen voranzutreiben?

03.11.2022 Von Rodrigo Bustos, Generalsekretär von Amnesty International Chile

Die Ermittlungen bei schweren Menschenrechtsverletzungen, wie sie während der Militär-Diktatur oder des sozialen Ausbruchs begangen wurden, müssen darauf abzielen, den Sachverhalt zu klären und alle Verantwortlichen zu identifizieren, damit die Gerichte der Schwere der Verbrechen angemessene Sanktionen festlegen können. Zu den Standards, die die Staaten bei diesen Ermittlungen einhalten müssen, hat das interamerikanische Menschenrechtssystem die Grundsätze der Offizialität, Gründlichkeit, Pünktlichkeit, Unabhängigkeit und Wirksamkeit entwickelt. Anlässlich des dritten Jahrestages des sozialen Ausbruchs und der begangenen Menschenrechtsverletzungen hat Amnesty International festgestellt, dass die Straflosigkeit überwiegt, da mehr als 70 % der Ermittlungen eingestellt wurden. Außerdem gab es von den 10.831 Anzeigen von Geschädigten nur 16 Verurteilungen, was 0,1 % entspricht.

Dies ist zweifellos besorgniserregend; besorgniserregend ist aber auch, dass die Vereinigung der Staatsanwälte vor kurzem erklärt hat, dass es eine erhebliche Überlastung gibt, die es ihnen nicht erlaubt, ihre Arbeit in Bezug auf diese Art von Ermittlungen angemessen auszuführen. Andererseits wies die Vereinigung darauf hin, dass bei der Untersuchung von institutioneller Gewalt ein ganzheitlicher Ansatz verfolgt werden muss, da es nicht ausreicht, einen Einzelfall zu betrachten.

Diese legitimen Forderungen der Vereinigung der Staatsanwälte müssen dringend erfüllt werden. Unsere Organisation hat festgestellt, dass eines der Probleme bei den Ermittlungen darin bestand, dass die Beamten der Carabineros in zahlreichen Fällen nicht bereit waren, alle von der Staatsanwaltschaft angeforderten Informationen herauszugeben, was viele der Ermittlungen behindert hatte. Wir haben jedoch auch darauf hingewiesen, dass einige der Schwierigkeiten, mit denen die Ermittlungsbehörde, die Menschenrechtsbrigade der Kriminalpolizei und sogar der gerichtsmedizinische Dienst konfrontiert sind, mit dem Mangel an personellen und materiellen Ressourcen zu tun haben. So ist eine schnelle und gründliche Durchführung der Ermittlungen nicht möglich, insbesondere nicht in den Regionen außerhalb Santiagos.

In diesem Zusammenhang ist es in Anbetracht der Diskussion über das Haushaltsgesetz, die in diesem Zeitraum stattfinden wird, unerlässlich, dass die Regierung mehr Mittel für die Staatsanwaltschaften, die Menschenrechtsverletzungen untersuchen, für die Menschenrechtsbrigade der Ermittlungspolizei, damit sie auch in anderen Regionen und nicht nur in Santiago über Teams verfügt, und für den gerichtsmedizinischen Dienst zur Durchführung von Untersuchungen, insbesondere an Hand des Istanbul-Protokolls, bereitstellt.

All dies ist wichtig, damit der chilenische Staat seinen internationalen Verpflichtungen nachkommen kann, Menschenrechtsverletzungen mit der gebotenen Sorgfalt zu untersuchen und dass vermieden wird, weiter den Weg in Richtung Straflosigkeit zu gehen.

Abschließend möchten wir noch einmal betonen, dass es wichtig ist, dass diese Untersuchungen nicht nur diejenigen einbeziehen, die den Abzug betätigt haben, sondern auch die hohen Befehlshaber, die in die strategischen Entscheidungen involviert waren, die letztendlich dazu geführt haben, dass wir die größte Menschenrechtskrise seit der Pinochet-Diktatur erlebten.

<https://amnistia.cl/noticia/editorial-11-violaciones-de-derechos-humanos-que-se-necesita-para-avanzar-en-las-investigaciones/>